

Warum wächst die Wirtschaft in Ostdeutschland nicht schneller?

Joachim Ragnitz*

Seit etwa Mitte der 1990er Jahre liegen die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland nur in etwa gleich hoch wie in Westdeutschland: Von 1995 bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 betrug das Wirtschaftswachstum in den neuen Ländern im Schnitt lediglich 1,7 % pro Jahr, in Westdeutschland waren es 1,6 % (jeweils ohne Berlin). Die kräftige Steigerung der wirtschaftlichen Leistungskraft, erkennbar an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, hat sich ganz offenkundig nicht in einem höheren gesamtwirtschaftlichen Wachstum niedergeschlagen. Stattdessen wurde die Beschäftigung stark reduziert.

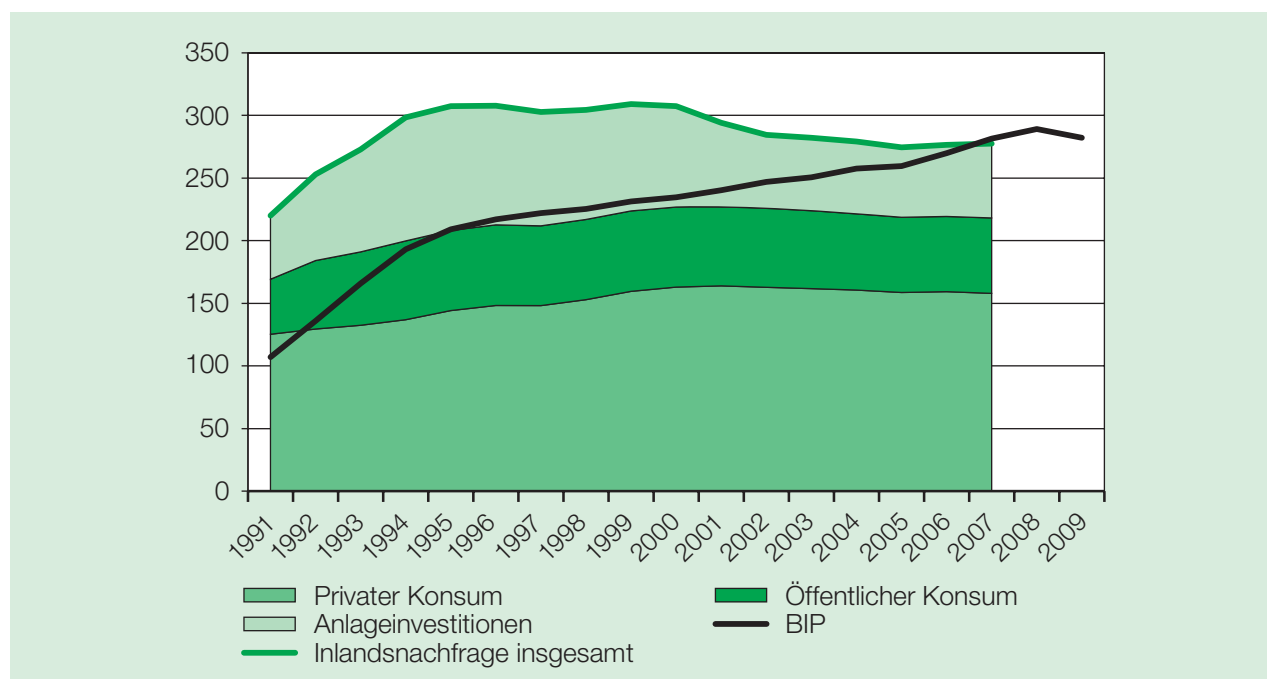
Für die unbefriedigende Wachstumsdynamik in den ostdeutschen Ländern werden gemeinhin strukturelle Faktoren als Begründung angeführt, so der hohe Anteil kleinerer Unternehmen mit großen bedingten Kostennachteilen, die starke Ausrichtung der Industrie auf die Produktion von Vorleistungsgütern oder auch die Dominanz von eher nachgelagerten Teilen der Wertschöpfungskette. Bislang unberücksichtigt blieb aber die Nachfrageseite. Tatsächlich ist die unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland aber auch

darauf zurückzuführen, dass die Binnennachfrage in den neuen Ländern in den vergangenen Jahren mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht einmal annähernd Schritt gehalten hat. Dies wiederum hat – wie im Folgenden gezeigt wird – ganz entscheidend mit der hohen Transferabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft zu tun.

Wie Abbildung 1 zeigt, ist die Binnennachfrage in Ostdeutschland von 1995 bis 2007 – aktuellere Angaben liegen bisher nicht vor – preisbereinigt um rund 10 % zurückgegangen. Dies reflektiert zu einem erheblichen Teil die Verringerung der Bevölkerungszahl (um 7 % seit 1995) aufgrund von Abwanderung und Geburtendefizit; auch je Einwohner gerechnet, war die Entwicklung der Inlandsnachfrage in den neuen Ländern im Betrachtungszeitraum jedoch negativ (–3 %). Grund dafür ist vor allem ein massiver Rückgang der Investitionen – was nicht verwundert, ist der transformationsbedingte Aufbau eines neuen Kapitalstocks in Ostdeutschland doch

* Dr. Joachim Ragnitz ist Managing Director der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt und Inlandsnachfrage in Ostdeutschland (ohne Berlin, in Mrd. €)



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

im Laufe der 1990er Jahre allmählich zum Ende gekommen. Aber auch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (und damit deren Konsumausgaben) sind deutlich schwächer gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt insgesamt. Damit fehlten auch von dieser Seite expansive Impulse.

Ein Grund für die schwache Dynamik der Binnen­nachfrage ist darin zu sehen, dass diese zu einem erheblichen Teil durch öffentliche Transferzahlungen gestützt ist. Aktuell belaufen sich die öffentlichen Leistungen, die die neuen Länder vom Bund, über den Länderfinanzausgleich und über die Sozialversicherungssysteme erhalten, nach Abzug von Steuern und Beitragseinnahmen auf rund 60 Mrd. € jährlich – knapp ein Fünftel der gesamten Inlandsnachfrage in Ostdeutschland. Davon entfällt nur ein kleiner Teil auf die sogenannten „wachstumsrelevanten“ Ausgaben, die primär der Verbesserung des Angebotspotenzials der ostdeutschen Wirtschaft dienen sollen. Der weit überwiegende Teil ist eher verteilungspolitisch motiviert oder dient der Erfüllung öffentlicher Aufgaben in den neuen Ländern: So liegt der Anteil der monetären Sozialleistungen des Staates an den verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland bei rund 40 % (Westdeutschland: 27 %), und auch die Einnahmen der Länderhaushalte in Ostdeutschland bestehen zu 43 % aus Finanztransfers von außen (Westdeutschland: 13 %).

Infolge der Einbindung Ostdeutschlands in die gesamtdeutschen Solidarsysteme sind die in die neuen Länder fließenden Gelder in einem hohen Maße von der Entwicklung der dortigen Wirtschaftskraft abhängig: Verbessert sich die wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern im Vergleich zum Westen, so reduzieren sich die (Netto)Zahlungen, die Ostdeutschland aus Westdeutschland erhält. Mit anderen Worten: Eine Zunahme der selbst erwirtschafteten Einkommen in Ostdeutschland wird in ihren Wirkungen auf die Binnennachfrage zumindest zum Teil durch eine Verringerung der Transferleistungen abgeschwächt. Nimmt man hinzu, dass Ostdeutschland seit der Jahrtausendwende auch im privaten Bereich Nettokapitalexporteur ist, also Kaufkraft

verliert, so erklärt dies die schwache Entwicklung der heimischen Nachfrage in den vergangenen Jahren – und auch, dass gerade die auf die Regionalmärkte orientierten Wirtschaftsbereiche seit Mitte der 1990er Jahre sich nur unterdurchschnittlich entwickelt haben.

Wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Ostdeutschland seit Mitte der 1990er Jahre trotzdem um fast 20 % gestiegen ist, resultiert dies allein aus der Veränderung von Importen und Exporten (die in diesem Fall die Lieferungen von und nach Westdeutschland einschließen). Ostdeutschland bezieht seit jeher mehr Waren und Dienstleistungen aus anderen Regionen als es selbst dorthin verkauft und finanziert diesen „Verbrauchsüberhang“ mit öffentlichen und privaten Kapitalzuflüssen. In den vergangenen fünfzehn Jahren haben jedoch die Importe ab- und die Exporte zugenommen, sodass sich der negative „Außenbeitrag“ zum BIP von ehemals 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf nur noch 10 % reduzierte. Ostdeutsche Hersteller können somit inzwischen einen größeren Teil der gesamten Inlandsnachfrage aus eigener Produktion decken als es Mitte der 1990er Jahre der Fall war, was sich positiv auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ausgewirkt hat.

Die nach wie vor hohe Transferabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft stellt auch deswegen ein Problem dar, weil diese Zahlungen in Zukunft weiter abnehmen werden: Zum einen, weil eine Reihe von Zahlungen gesetzlich fixiert und ihr Abbau bereits beschlossen ist (Solidarpakt II), zum anderen, weil künftige Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation in den neuen Ländern zu einer Verringerung der Transfers führen dürften (Länderfinanzausgleich, Sozialtransfers). Dies wird über eine Dämpfung der Nachfrage auf die wirtschaftliche Dynamik zurückwirken. Immerhin: Ein starkes Zurückfallen der ostdeutschen Wirtschaft ist auch ausgeschlossen, weil die nach dem Solidarprinzip organisierten Umverteilungssysteme eben dies verhindern. Von einer „selbsttragenden“ Entwicklung kann jedoch erst dann gesprochen werden, wenn die Abhängigkeit von Transferzahlungen soweit abgebaut ist, dass auch eigenständige Entwicklungspfade möglich sind.